Samstag, 6. Juli 2024

# Die Kooperation würde erschwert

Ein Wahlsieg der Rechtspopulisten am Sonntag hätte auch Auswirkungen auf die Zusammenarbeit der Region Basel mit dem Elsass.

#### **Peter Schenk**

Diesen Sonntag, 6. Juli, wird sich im zweiten Wahlgang der französischen Parlamentswahlen entscheiden, ob das rechtspopulistische Rassemblement National (RN) die Mehrheit erhält und somit in Frankreich die Regierung stellt. Das könnte erhebliche Auswirkungen auf die Kooperation der Region Basel mit den elsässischen Nachbarn haben.

Manuel Friesecke, Geschäftsführer der Regio Basiliensis, sieht dies vor allem in Bezug auf die Grenzen, wo die Personenfreizügigkeit nur noch für EU-Bürger gelten soll. Davon sei die Schweiz allerdings aufgrund der bilateralen Verträge nicht betroffen. «Die Arbeitsmigration aber wird schwieriger werden», präzisiert er und meint damit Expats, die sich im Elsass niederlassen wollen und aus den USA oder England kommen, um in der Basler Pharmaindustrie zu arbeiten.

### Fehlen nach den Wahlen Ansprechpersonen?

Weil das RN vor allem die eigene Wirtschaft und die Interessen Frankreichs schützen will, könne auch die Zusammenarbeit bei den Themen Klima und Energie komplizierter werden. «Eventuell fehlen nach den Wahlen auch die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, bei denen wir bisher grenzüberschreitende Anliegen platzieren konnten.» Friesecke spricht hiermit vor allem die Colmarer Abgeordnete Brigitte Klinkert an, die bei den letzten Wahlen 2022 sehr knapp den Sitz für Präsident Emmanuel Macron gewinnen konnte und sich stark für Kooperationsthemen interessiert und engagiert. Ihre Unterstützung sei vor allem während der Pandemie hilfreich gewesen. Diesen Sonntag wird es wieder eng für sie.

Positiv für Basel ist, dass der ehemalige Minister, ein Bürgerlicher namens Olivier Becht, im Wahlkreis Mulhouse/Habsheim deutlich vorne liegt. Er hatte



Der französische Präsident Emmanuel Macron zu Besuch im elsässischen Selestat im April 2023.

Bild: Ludovic Marin

sich in der Vergangenheit stark für den Euro-Airport (EAP) engagiert. Bei einem Wahlsieg des RN dürfte allerdings die Wahrscheinlichkeit für den Bau des teuren EAP-Bahnanschlus-

## «Die Arbeitsmigration aber wird schwieriger werden.»

**Manuel Friesecke** Geschäftsführer Regio Basiliensis

ses sinken, weil die Rechtspopulisten dringend Geld für die Umsetzung ihres Programms benötigen.

Um den EAP macht sich Friesecke keine Sorgen. «Das ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor auch für Frankreich.» Generell glaubt er, dass sich vorerst nicht viel ändert. «Zuerst stehen die Themen Migration, EU und Arbeitsmarkt ganz oben auf der Agenda des RN.»

### Alltagsthemen kann auch das RN nicht ignorieren

Die Basler Grossrätin Andrea Knellwolf (Mitte) kümmert sich in der Regiokommission und im Oberrheinrat um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Sie zeigt sich besorgt wegen der Erfolge der Rechtspopulisten im Elsass. «Bei einem Wahlsieg des RN nimmt die Nabelschau zu, und Frankreich wird global weniger eingebunden werden. Das

ist für die Kooperation sicherlich nicht förderlich.» Gleichzeitig stellt sie fest, dass die Elsässer immer mehr begreifen, dass die Zusammenarbeit über die Grenzen stattfinden müsse. «Die Alltagsthemen können auch vom RN nicht ignoriert werden.»

Friesecke allerdings hat die Erfahrung gemacht, dass sich das RN bisher wenig für die Kooperation einsetze. Andrea Knellwolf kann praktische Erfahrungen vorweisen. In der Kommission Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Gesundheit des Oberreinrats, die sie präsidiert, sitzt auch der RN-Kandidat des Wahlkreises Altkirch/Saint-Louis, Christian Zimmermann. Er hat gute Chancen, den Wahlkreis zu gewinnen. Wie fast alle Franzosen im Oberrheinrat sei er wenig präsent. «Bisher aber hat er alles mitgetragen und nichts torpediert», berichtet sie. Trotz der grossen Erfolge des

RN im Elsass bleibt Manuel Friesecke gelassen. «Ich sehe zwar ein Risiko, aber noch wissen wir nicht, was am Sonntag passiert.» Ausserdem betont er: «Ich habe grosses Vertrauen in die Qualität der regionalen Zusammenarbeit. Da haben wir ein gutes Fundament.» Probleme sehe er erst, wenn Gebietskörperschaften wie die Région Grand Est oder die Collectivité européenne d'Alsace RN-Präsidenten hätten.

Das scheint zu optimistisch. Weil das RN-Programm moderater geworden ist und ein EU-Austritt sowie der Ausstieg aus dem Euro keine Themen mehr sind, sind die Rechtspopulisten für immer mehr Elsässerinnen und Elsässer wählbar geworden. Sollte das RN sie nicht massiv enttäuschen, steht auch der Eroberung der lokalen und regionalen politischen Strukturen nichts im Weg.

### Gute Chancen für Rechtspopulisten

Elsass Am Sonntag kommt es beim zweiten Wahlgang der Parlamentswahlen im Elsass zu 12 Duellen zwischen dem Rassemblement National (RN) und einem Bürgerlichen. Den Sitz gewinnt, wer die Mehrheit erhält. In drei Fällen haben sich Vertreterinnen der Linken zurückgezogen, um die Wahl der Rechtspopulisten zu verhindern. Mit mehr als 12,5 Prozent der Stimmen der eingeschriebenen Wählerinnen und Wähler hätten sie noch einmal antreten können.

Zweimal treffen im Raum Strassburg drei Kandidatinnen und Kandidaten aufeinander, weil sich das Bündnis von Präsident Emmanuel Macron nicht zurückzieht. Aufgrund der klaren Mehrheit der Linken besteht dort keine Gefahr, dass das RN gewinnen könnte. Hier reicht die relative Mehrheit. In Strassburg duellieren sich eine Grüne und ein Macronist. Die Grüne liegt klar vorne. In 8 von 15 Wahlkreisen wird

es sehr eng für die Bürgerlichen, weil das RN deutlich über 40 Prozent oder knapp 40 Prozent erhalten hat. Es ist nicht gesagt, dass es ihnen gelingt, den Vorsprung der Rechtspopulisten aufzuholen. Im neben Basel liegenden Wahlkreis Altkirch/Saint-Louis liegt der RN-Kandidat Christian Zimmermann mit 38,9 Prozent 14 Prozentpunkte vor dem amtierenden Abgeordneten von Macron, Didier Lemaire.

Dreimal ist der Vorsprung des RN so gering, dass die Bürgerlichen oder Liberalen gewinnen könnten. Als einziger Bürgerlicher liegt Olivier Becht im Wahlkreis Mulhouse/Habsheim mit 37,2 Prozent knapp 8 Prozent vor dem RN, die Vertreterin der Linken, die auf 26,8 Prozent kam, hat sich zurückgezogen. (psc)